

Kölner Stadtanzeiger
 Kölnische Rundschau

Werbepost
 Sonntagspost

vom: 10/03-2020

„In der Krise mit voller Kraft zulangens“

Bundesfinanzminister Olaf Scholz plädiert für Kurzarbeitergeld und unkomplizierte Kredite für Firmen

Herr Scholz, die Börsen sind wegen der zunehmenden weltweiten Ausbreitung des Coronavirus auf Talfahrt, der Ölpreis ist mittlerweile eingebrochen. Drehen die Märkte jetzt völlig durch?

Die Märkte spiegeln gerade die herrschende Unsicherheit wider. Niemand weiß, wie sich die Coronapandemie tatsächlich auf die weltweite Wirtschaftsentwicklung auswirken wird. Wird es einen kurzen, heftigen Einbruch geben und dann wieder steil nach oben gehen? Wird die Durststrecke doch etwas länger werden? Oder kommt die Konjunktur insgesamt glimpflich davon? Jede Vorhersage ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unseriös. Deshalb sind jetzt klare, beruhigende Botschaften des starken Staates nötig.

Wie sieht diese Botschaft aus?

Deutschland hat dank der soliden Haushaltspolitik der vergangenen Jahre die Kraft, mögliche Verwerfungen durch die Ausbreitung des Virus schnell, ent-

schlossen und effektiv zu bekämpfen.

Sehen Sie Ihre Bemühungen für einen ausgeglichenen Haushalt in Gefahr? Die Frage stellt sich mir gerade gar nicht. Wichtiger ist: Müssen wir uns Sorgen machen, wenn wir viel Geld zur Bekämpfung einer Krise benötigen?

Wie lautet Ihre Antwort?

Wir sind gut gerüstet und müssen uns keine Sorgen machen.

Das heißt?

Sollte eine große Krise kommen, wird die Bundesregierung alles tun können – und alles tun –, was notwendig ist, um die Konjunktur zu stabilisieren. Ich bin Keynesianer und habe immer für solide Haushalte geworben, damit wir in einer Krise mit voller Kraft zulangens können. Das zahlt sich jetzt aus.

Wie garantieren Sie das Versprechen der Koalition, dass möglichst kein

Unternehmen wegen der Coronakrise zahlungsunfähig wird?

Mit klugen und passgerechten Lösungen wollen wir sicherstellen, dass Unternehmen heil

durch eine Krise kommen. Da ist auf der einen Seite das Kurzarbeitergeld, damit die Betriebe keine Beschäftigten entlassen müssen. Auf der anderen Seite wollen wir sicherstellen, dass den Firmen ausreichend Kredite zur Verfügung stehen, um ihre Rechnungen bezahlen zu können. Über die Förderbanken wie die bundeseigene KfW können wir dort unterstützen. Die Details der Regelungen besprechen wir jetzt mit dem Wirtschaftsministerium. Wir bereiten das so vor, dass wir es, wenn nötig, jederzeit scharf stellen können.

Hört man sich in der Wirtschaft um, steht auch eine unkomplizierte Steuerstundung auf der Wunschliste. Können Sie das zusagen?

Es ist völlig klar, dass ein

Olaf Scholz (SPD),
Bundesminister der
Finanzen.
Foto: Kay Nietfeld/dpa

Unternehmen seine Steuervorauszahlungen senken kann, wenn es weniger Umsatz und Gewinn hat. Die Unternehmen können sich darauf verlassen, dass wir das unbürokratisch regeln.

Die Koalition hat höhere Investitionen beschlossen. Allerdings scheint die Rechnung, wonach plötzlich die 450-Milliarden-Euro-Forderung der SPD aufgeht, recht abenteuerlich.

Wir haben jetzt mit der Union eine politische Verständigung darüber erreicht, die Investitionen schrittweise weiter zu erhöhen. Das ist eine neue Prioritätensetzung. Der Bund wird bis 2030 zusätzlich 140 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das entspricht dem Bundesanteil an der Gesamtsumme von 450 Milliarden. Es geht um eine gesamtstaatliche Aufgabe, an der sich auch die Länder und die Kommunen beteiligen werden.

Da Gespräch führten
Tim Szent-Ivanyi und
Andreas Niesmann

